

**13207/AB**  
**Bundesministerium vom 17.03.2023 zu 13534/J (XXVII. GP)**  
**bmeia.gv.at**

Europäische und internationale  
Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 17. März 2023

GZ. BMEIA-2023-0.050.660

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Jänner 2023 unter der Zl. 13534/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Weicht Österreich von seiner Ukraine Position ab?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 8:**

- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass die Ukraine als souveräner Staat alleine entscheiden dürfen muss, wann und unter welchen Bedingungen sie mit Russland verhandelt, geändert?*
- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass auf Druck basierende Verhandlungen die Ukraine in eine Position der Schwäche positionieren würde, geändert?*
- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass Friedensverhandlungen ohne Sicherheitsgarantien einen taktischen Vorteil für Russland darstellen würden, geändert?*
- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass ein taktischer Vorteil wie in Frage 3 die Gefahr eines Wiederaufflammens der Angriffe nach der Nachrüstung und der Ausbildung der neuen Rekruten, erhöhen würde, geändert?*

- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass ein Erfolg Russlands die Risiken für weitere Waffengänge oder anderweitige Erpressungsversuche Russlands in bzw. gegenüber Europa erhöhen würde, geändert?*
- *Hat sich die Position der österreichischen Bundesregierung, und insbesondere des Bundesministers für Europäische und Außenpolitische Angelegenheiten, dass die Ukraine an der Front gegen die russische Invasion auch Europa verteidigt, geändert?*
- *Spiegelt die Position von Verteidigungsministerin Tanner die Position der österreichischen Bundesregierung wider?*  
*Wenn ja, seit wann ist es die Position der österreichischen Bundesregierung, dass die westlichen Staaten gemeinsam mit der Ukraine über deren Verteidigung entscheiden sollten?*  
*Wenn ja, welche Faktoren haben zu dieser Änderung in der Position der österreichischen Bundesregierung geführt?*
- *Bundesministerin Tanner sprach im Interview von den "hohen Energiepreisen, die eine Folge von Putins brutalem Angriffskrieg gegen die Ukraine sind." Hat der Außenminister seine Meinung, dass der Krieg nur ein Brandbeschleuniger für bereits vor dem Krieg ansteigende Energiepreise darstellt, geändert?*

Seit Beginn des brutalen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 verfolgt die österreichische Bundesregierung eine ganz klare Linie, die unverändert gilt. Die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) haben durchgehend unmissverständlich die russische militärische Aggression gegen die Ukraine und insbesondere die dort begangenen Kriegsverbrechen verurteilt. Zur diesbezüglichen Einbestellung des russischen Botschafters verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 11204/J-NR/2022 vom 10. Juni 2022.

Österreich nutzt in enger Absprache mit den europäischen Partnern und anderen gleichgesinnten Partnern jede Gelegenheit, Russland dazu aufzurufen, den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden, seine Truppen unverzüglich und vollständig aus der Ukraine zurückzuziehen, und sich auf ernsthafte Verhandlungen einzulassen. Ich verweise hierzu auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 11204/J-NR/2022 vom 10. Juni 2022 und der parlamentarischen Anfrage Zl. 10752/J-NR/2022 vom 21. April 2022.

Ein umfassender und dauerhafter Frieden wird am Verhandlungstisch geschaffen und nicht am Schlachtfeld. Leider ist der politische Wille, der für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Konflikts erforderlich ist, auf russischer Seite derzeit nicht erkennbar. Es steht völlig außer Zweifel, dass niemals ohne die Ukraine über die Ukraine verhandelt werden darf. Der Europäische Rat begrüßte in den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung am 9. Februar 2023, dass die Europäische Union bereit ist, die Initiative der Ukraine für einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der territorialen

Unversehrtheit der Ukraine zu unterstützen. Der Europäische Rat bekundete seine Unterstützung für die von Präsident Wolodymyr Selenskyj vorgeschlagene Friedensformel und bekräftigte das Eintreten der Europäischen Union für eine aktive Zusammenarbeit mit der Ukraine an dem 10-Punkte-Friedensplan.

**Zu den Fragen 9 und 10:**

- *Wird Österreich in Zukunft bei Diskussionen und Abstimmungen über weitere Sanktionen Konditionen für die Ukraine einfordern?*
- *Wird Österreich ein Veto gegen unkonditionierte Verlängerung der Ukraine-Hilfe einlegen?*

Angesichts der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine beschloss die EU bisher zehn Sanktionspakete. Österreichs Beteiligung an diesen restriktiven und gezielten Maßnahmen setzt ein starkes Zeichen gegen das brutale Vorgehen Russlands sowie für unsere Solidarität mit der Ukraine. Diese Sanktionen sind wichtig und notwendig, und sie wirken. Die russische Wirtschaft wurde durch die Sanktionen empfindlich getroffen. Strategische Geduld und internationale Zusammenarbeit bei der Umsetzung sowie bei der Vermeidung von Sanktionsumgehungen sind erforderlich. Es muss auch laufend sichergestellt werden, dass sie dem Aggressor mehr schaden als uns selbst. Darüber hinaus verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 10752/J-NR/2022 vom 21. April 2022. Selbstverständlich wird Österreich der Ukraine weiterhin humanitäre Hilfsleistungen zur Verfügung stellen.

Mag. Alexander Schallenberg